27.9.2019 - tagesschau 20:00 Uhr

Sieben-Punkte-Plan gegen Missbrauch

Bischöfe beschließen 7-Punkte-Plan gegen Missbrauch in katholischer Kirche

Sebastian Kisters, HR

Nach Veröffentlichung einer Studie zu sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche hat die Bischofskonferenz Maßnahmen beschlossen. Doch Opfervertreter sind enttäuscht und kritisieren den Plan als zu unkonkret.

Die deutschen Bischöfe haben Maßnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs in der katholischen Kirche beschlossen. "Es darf keine Tabuthemen geben", sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, zum Abschluss der Herbstvollversammlung. Die Bischofskonferenz hatte am Dienstag eine Studie zum tausendfachen sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche von 1946 bis 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Anlaufstellen und Gespräche

In einem Sieben-Punkte-Plan kündigen die 66 Bischöfe unter anderem einen "transparenten Gesprächsprozess" mit Experten über den Zölibat und die Sexualmoral der Kirche an. Auch sollen die Zahlungen von Anerkennungsleistungen an Opfer überprüft werden. Außerdem wollen die Bischöfe mithilfe externer Fachleute "mehr als bisher" die Begegnung mit den Missbrauchsopfern suchen. Neben Ansprechpartnern in den einzelnen Bistümern solle es künftig auch unabhängige Anlaufstellen geben.

"Ich schäme mich"

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz hat die Opfer des massenhaften sexuellen Missbrauchs unter dem Dach der Kirche in aller Form um Entschuldigung gebeten. Die Aufarbeitung sei noch nicht am Ende. | **mehr**

Weiter hieß es in der Erklärung: "Wir werden kontinuierlich beraten, wie wir mit unseren Vorhaben vorankommen." Zudem sollen Standardverfahren zur Führung der Personalakten von Klerikern entwickelt und überdiözesane Kontrollverfahren für den Umgang mit Missbrauch und die Vorbeugung eingeführt werden.

Namen, Orte und Fakten nennen

Der Opferverband "Eckiger Tisch" zeigte sich enttäuscht über den Sieben-Punkte-Plan: "Diese dürftigen Ankündigungen lassen uns fassungslos zurück", heißt es in einem Statement. Zuvor hatte der Verband die Studie als viel zu oberflächlich kritisiert und forderte nach der Veröffentlichung erneut eine "unabhängige, staatliche Untersuchungs- und Aufarbeitungskommission". Diese müsse Namen, Orte und Fakten konkret benennen, um Täterstrategien und Netzwerke aufzeigen zu können. Es sei jetzt endgültig deutlich geworden, dass eine Organisation, in der so viele "Täter und Vertuscher" aktiv gewesen seien, die Vofälle nicht selbst aufarbeiten könne.

Der Mitbegründer der Initiative, Michael Katsch, sagte, die Kommission müsse professionell ausgestattet sein und Zugang zu allen Akten bekommen. Sie solle Betroffene anhören und Zeugen vernehmen. Man dürfe eine sozialwissenschaftliche Studie nicht mit Aufarbeitung verwechseln, so Katsch.

"Absichtserklärung und Willensbekundung"

Auch der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Röhrig, reagierte zurückhaltend: Einen historischen Wendepunkt, an dem sich die katholische Kirche befinde, habe er noch nicht erkennen können. Er hätte einen konkreteren Fahrplan erwartet, wie die Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Er betonte aber, die Bischöfe hätten "den Ernst der Lage erkannt" und sollten nun auch zügig das Gespräch mit den Betroffenen suchen.

Mehr zum Thema

- Wie ernst ist es der Kirche mit der Aufarbeitung?, 25.09.2018
- Reaktionen auf Studie: Machtmissbrauch "unerträglich", 25.09.2018

Die Initiative "Wir sind Kirche" erklärte, die Erklärung der Bischöfe bestehe aus Absichtserklärungen und Willensbekundungen. "Die sehr allgemein formulierte Erklärung lässt nicht konkret erkennen, wann, wie und mit wem die von dem Forschungskonsortium als notwendig erachtete konkrete Aufarbeitung der institutionellen Verantwortung

der römisch-katholischen Kirche in Deutschland in Angriff genommen wird." Vor allem bleibe weiterhin unklar, ob die Bischofskonferenz sich auf ein einheitliches und gemeinsames Vorgehen habe einigen können.

Kirchenrecht ändern?

Für einen besseren Umgang der katholischen Kirche mit sexuellem Missbrauch hält der vatikanische Kinderschutzexperte Hans Zollner sogar eine Änderung des Kirchenrechts für notwendig. So müssten unbedingt die Rechte und Pflichten aller Beteiligten genauer geregelt werden.

Bisher gelte dies nur für Kleriker, nicht aber etwa für Laien oder Ordensschwestern, sagte Zollner bei einem Gespräch mit internationalen Journalisten in Rom. Zudem sei sexueller Missbrauch kirchenrechtlich bisher unzureichend definiert. Über diese Reformen werde derzeit aber beraten.

https://www.tagesschau.de/inland/massnahmen-missbrauch-katholische-kirche-101.html

Zuletzt geändert am 15.03.2019